

PROFIL GRÜN

DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

BUNDESTAGSFRAKTION



**DIE PANDEMIE
BRAUCHT GLOBALE ANTWORTEN**

09/20

GLOBALE ANTWORTEN Dass die Corona-Pandemie weltweit die Maßstäbe verschiebt, nimmt die Außenpolitik der Bundesregierung bisher viel zu wenig wahr. In unserem Titeldossier fordern Omid Nouripour, Agnieszka Brugger und Uwe Kekeritz Deutschland und Europa auf, für Solidarität und Zusammenhalt weltweit einzustehen. **Seite 4**

DER FALL WIRECARD Die Regierung ist nicht bereit zu umfassender Auskunft über die Wirtschaftsprüfung und Finanzaufsicht im Fall Wirecard, daher führt an einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss kein Weg vorbei. Lisa Paus und Danyal Bayaz berichten über die Hintergründe und fordern politische Konsequenzen. **Seite 10**

POLIZEI & GESELLSCHAFT Zahlreiche Ereignisse weisen auf rassistische Einstellungen und Verbindungen der Polizei zur rechten Szene hin. Irene Mihalic fordert von Bundesinnenminister Seehofer, endlich die nötigen Untersuchungen und Reformen einzuleiten. **Seite 14**

DIE AUSDAUERENDE Mit scharfem Blick und Bodenhaftung setzt sie sich seit ihrer Jugend für Umweltschutz und Nachhaltigkeit ein: Bettina Hoffmann, porträtiert von Gisela Hüber. **Seite 16**

AUS DEN ARBEITSKREISEN Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Statt physischer Veranstaltungen gehen wir pandemiebedingt nach wie vor auf Sendung. Hier präsentieren wir ausgewählte digitale Veranstaltungen und neue Formate. **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de,
V. i. S. d. P.: Herta Parchent, Redaktion: Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tim Meyer, Gestaltung: Oliver Geheeb, Stefan Kaminski, Jakina U. Wesselmann, Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 103.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss: 11.09.2020, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



Foto: Laurence Chaperon

Liebe Leserin,
 lieber Leser,

wir leben in unruhigen Zeiten. Mit Sorge schauen wir dieser Tage nach Belarus, wo Diktator Lukaschenka die Oppositionsbewegung zu zerschlagen versucht. Trotz massiver Drohungen und Gewalt gehen weiterhin viele Menschen auf die Straße, um ihre Bürgerrechte einzufordern. Ihnen gilt unser ganzer Respekt und unsere Unterstützung. Unterdessen ringt in der Berliner Charité der russische Oppositionspolitiker Alexei Nawalny, der in Sibirien einem Giftanschlag zum Opfer fiel, um seine Gesundheit. Zu beiden Vorgängen muss die EU klar Stellung beziehen. Es ist an der Bundesregierung, in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentin dafür zu sorgen.

Ein Skandal erster Güte hat die deutsche Finanzwelt erschüttert. Im Fall Wirecard stehen Prüfinstitute und Aufsichtsbehörden als zahnlose Tiger da. Obwohl der von uns mitbeschlossene Untersuchungsausschuss nur wenig Zeit hat, werden wir alles daran setzen, die Hintergründe aufzuklären. Den aktuellen Stand arbeiten wir in diesem Heft auf.

Seit einem halben Jahr fordert uns nun die Pandemie heraus und wir sind noch nicht über den Berg. Den Zumutungen und Unwägbarkeiten begegnen die meisten Menschen mit Mut, Zuversicht und Widerstandskraft. Aber es bleiben viele drängende Fragen. Rechte Ideologen kochen daraus ihr Süsschen. Wir brauchen mehr Transparenz und mehr Fakten in den Debatten, weniger Verschwörungsideologien.

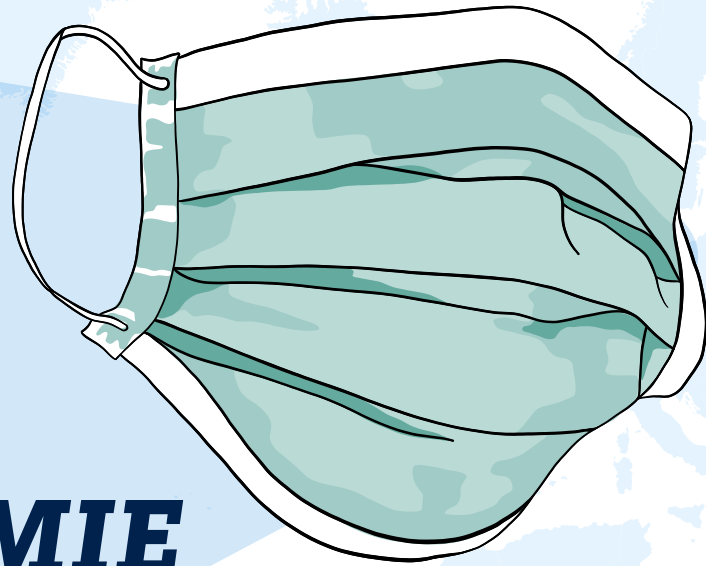
Mit dem uneinheitlichen Vorgehen der Länder wurde einiges Vertrauen verspielt. Die Bundesregierung muss vorausschauender handeln, statt hektisch zu reagieren. Darum wollen wir ihr einen unabhängigen Pandemierat zur Seite stellen. Er soll alle Maßnahmen wissenschaftlich begleiten und vorausschauend Empfehlungen geben. Den internationalen Folgen der Coronakrise widmet sich das Schwerpunktthema dieser profil:GRÜN.

Ein besonderes Augenmerk richten wir in dieser Krise auf unsere Innenstädte und Ortskerne mit ihren Läden, Café und Kultureinrichtungen. Da stehen Zehntausende Arbeitsplätze auf dem Spiel, aber auch ein Stück Heimat und Lebensqualität droht verloren zu gehen. Auf unserer Fraktionsklausur haben wir ein Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem wir dagegenhalten wollen. Die Herausforderung ist, unsere Innenstädte und Ortskerne als pulsierende Zentren des öffentlichen Lebens zu erhalten und neu zu erfinden.

Herzlich

Katrin Göring-Eckardt
 Fraktionsvorsitzende

IN EUROPA UND WELTWEIT VERSCHIEBT DIE CORONA-PANDEMIE DIE MASSSTÄBE, STELLT UNSE-
REN LEBENSSTIL INFRAGE, RÜTTELT AN VERTRAUTEN STRUKTUREN, GIESST DORT ÖL INS FEUER,
WO ES BEREITS BRODELT. DIE SCHWÄCHSTEN LEIDEN AM MEISTEN. MEHR DENN JE SIND GERADE
IN DIESER WELTUMSPANNENDEN KRISE SOLIDARITÄT UND ZUSAMMENHALT GEFORDERT, DAS
RECHT DES STÄRKEREN DARF SICH NICHT BAHN BRECHEN. IN DIESER LAGE KOMMT EUROPA EINE
HOHE VERANTWORTUNG ZU.



VON OMID NOURIPOUR

DIE PANDEMIE BRAUCHT GLOBALE ANTWORTEN

WIDER DAS RECHT DES STÄRKEREN

Die Corona-Pandemie hat unser Leben tiefgreifend verändert. Wir bekommen es jeden Tag zu spüren. Ob wir mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren oder Angehörige im Altersheim besuchen, die Auswirkungen sind allgegenwärtig. Bis ein wirksamer Corona-Impfstoff gefunden ist, werden wir uns mit der neuen Normalität arrangieren müssen.

So sehr die Folgen der Pandemie unseren Alltag prägen und auch die politische Agenda dominieren, so wenig nehmen wir sie bisher in der Außenpolitik wahr. Doch bereits jetzt sind auch hier gravierende Veränderungen im Gang. Es ist sogar zu befürchten, dass der andauernde Erosions- und Umbruchprozess der internationalen Ordnung im Zuge der Pandemie beschleunigt voranschreiten wird.

TRUMPS EGOISMUS-TRIP

Manches spielt sich durchaus vor den Augen der Öffentlichkeit ab. Wenn etwa eine Vielzahl von Akteuren weltweit die multilaterale Ordnung und internationale Organisationen bewusst infrage stellt. Eine besonders unrühmliche Rolle nimmt US-Präsident Trump ein. Nicht einmal sein eigenes Land hat er vor der Pandemie bewahrt, zerrissener als je zuvor steht Amerika da. Statt ihrer Verantwortung als Weltmacht gerecht zu werden, kündigen die USA unter Trump bedeutende Verträge auf und kehren internationalen Organisationen den Rücken. Eine ähnliche Politik, wenn auch in anderer Form, betreiben die Machthaber in Peking. Dabei geht es ihnen nicht um die Kopie der plumpen America first-Doktrin. Ihr Ziel ist vielmehr, durch ihre Präsenz in internationalen Organisationen und ihren vermeintlichen Einsatz für Multilateralismus die eigene Macht zu stärken. Zugleich arbeiten sie jedoch daran, Parallelstrukturen zum bestehenden internationalen System aufzubauen.

Dass die USA ihre Zahlungen an die WHO inmitten der akuten Corona-Bedrohung einstellen, ist ein verheerendes Signal. Mit dieser Politik spielt der amerikanische Präsident den Machthabern in Peking in die Hände. Seine Entscheidung schwächt nicht nur die WHO in ihren Bemühungen, die Pandemie weltweit zu bekämpfen. Trump lässt auch zu, dass China zukünftig noch mehr Einfluss auf deren Arbeit nehmen kann. Rund 38 Millionen Dollar pro Jahr hat China 2018 und 2019 zum Budget der WHO beigesteuert. Dieser Betrag wird 2020 und 2021 auf etwa 57 Millionen Dollar jährlich steigen. Da ist es nicht verwunderlich, dass die WHO sich mit Kritik an China stark zurückgehalten hat. Dabei war längst klar, dass die chinesischen Behörden gerade zu Beginn der Krise massive Fehler gemacht hatten. Hinweise auf die Gefährlichkeit des Virus wurden systematisch ignoriert und vertuscht, Hinweisgeber zum Schweigen gebracht.

XI JINPINGS UNTERWANDERUNGSSTRATEGIE

Dass China damit durchkommt, ist auch das Ergebnis seiner intensiven Lobbyarbeit. So gelingt es Peking, sich in dieser und anderen internationalen Organisationen wohlgesinnte Freunde zu schaffen, die helfen, seine Interessen auch in einem multilateralen System durchzusetzen. Die kommunistische Führung verhindert zum Beispiel seit Jahren eine Mitgliedschaft Taiwans in der WHO, mit der Begründung, die Inselrepublik sei Teil der Volksrepublik. Doch gerade von Taiwan hätte die Weltgemeinschaft enorm viel lernen können. Schon früh hat der Inselstaat die Pandemie wirkungsvoll ausgebremst. Chinas Einfluss auf die WHO spiegelt sich auch in der Besetzung von Schlüsselpositionen. Hier zeigt besonders der chinesische Einfluss in Afrika Wirkung. Mit dem Versprechen von Entwicklung durch Investitionen hat sich China Stimmen und Unterstützung für seine Vorhaben bei der WHO und anderen internationalen Organisationen schlichtweg „erkauft“.

Noch verstörender im Zuge der Corona-Krise ist Chinas zweifelhafte „Masken-Diplomatie“. Sie zielt darauf ab, die Europäische Union und ihr demokratie- und menschenrechtsbasiertes System zu diskreditieren und sich im Systemwettbewerb als stärker zu präsentieren. Dieses Schauspiel war besonders gut in Serbien zu beobachten. In der Hauptrolle Aleksandar Vučić, immerhin Präsident eines Landes, das als EU-Beitrittskandidat gilt. Er verkündete, dass es bei der Bekämpfung der Pandemie keine Solidarität Europas gebe, um sich dann an den „Freund und Bruder“ Xi Jinping zu wenden. Die Lieferung chinesischer Hilfsgüter inszenierte er sodann als großen Akt der Völkerverständigung. Unerwähnt ließ er, dass die Europäische Union den Transport der Hilfsmittel von China nach Serbien im Rahmen der Corona-Hilfe für den westlichen Balkan bezahlt hat.

UND EUROPA?

Wir sollten uns nichts vormachen. Der anhaltende Systemwettbewerb wird sich mit der Corona-Krise weiter verschärfen. Die USA fallen derzeit im internationalen System als Krisenmanager aus. Daher braucht es jetzt mehr denn je eine gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderungen, die uns das Coronavirus stellt. Solidarität und finanzielle Unterstützung spielen dabei eine wichtige Rolle. Denn die chinesische Führung hat bereits gezeigt, wie sie durch den Kauf kritischer Infrastruktur ihren Einfluss auch in Europa verstärkt. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass schwer gebeutelte Partner wie Italien oder Spanien in Abhängigkeit geraten. Wenn sie nämlich noch weiter in eine wirtschaftliche Schieflage rutschen, besteht die Gefahr, dass sie den chinesischen Avancen verfallen und sich eine Stimmung gegen das europäische System zementiert. Ohne Zweifel hat auch die chinesische Wirtschaft mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu kämpfen. Daher könnte sich die Strategie der chinesischen Einflussnahme durch Investitionen verlangsamen, beendet wird sie dadurch jedoch nicht. Außerdem sollten wir die Wirkung symbolischer Akte auf unsere europäischen Gesellschaften nicht unterschätzen, wie am Beispiel Serbien zu sehen ist.

Wehrhaftigkeit ist ein Kernmerkmal unseres auf Demokratie und Menschenrechten basierenden politischen Systems in der Europäischen Union. Oft genug wurde das Ende dieses Gebildes schon heraufbeschworen. Auch nach der letzten Finanzkrise hörte man in der Berichterstattung, dass nichts mehr sein werde wie früher. Die EU ist jedoch mit Solidarität und Zusammenhalt aus der letzten Krise hervorgegangen. Sie wird das hoffentlich auch wieder schaffen, wenn sie sich auf ihre Stärken besinnt. Mit dem europäischen Corona-Hilfspaket hat sie dafür zumindest einen Grundstein gelegt. Es müssen noch viele weitere folgen, um Europa nicht den Spielregeln der Supermächte und dem fatalen Recht des Stärkeren auszusetzen. Unser Kontinent muss eine Bastion der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bleiben.



OMID NOURIPOUR
Sprecher für Außenpolitik

INTERVIEW

MIT AGNIESZKA BRUGGER

WIE WIRKT SICH DIE PANDEMIE AUF KRISEN UND KONFLIKTE WELTWEIT AUS?

Wir hören täglich, was Covid-19 überall auf der Welt anrichtet: In vielen Ländern sind die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Schäden enorm. Aber das ist nicht alles. Die Pandemie verschärft Krisen und Konflikte, die aktuell gar nicht die Schlagzeilen bestimmen. Zum Beispiel haben weltweit 80 Prozent der Programme gegen HIV, Malaria und Tuberkulose mit Unterbrechungen zu kämpfen, da stehen Jahrzehnte mühsamen Fortschritts auf dem Spiel. Manche Schätzungen gehen von über einer Million zusätzlicher Opfer allein durch Tuberkulose aus.

DEM VIRUS SIND GRENZEN VÖLLIG EGAL

Quasi im Windschatten der Pandemie eskalieren auch bewaffnete Konflikte. UN-Generalsekretär Guterres hatte schon frühzeitig davor gewarnt und zu einem weltweiten Waffenstillstand aufgerufen. Wir wissen heute, dass Kriegsverbrecher und Autokraten die Pandemie stattdessen ausgenutzt haben, um noch mehr Gewalt auszuüben und ihre Bevölkerung zu unterdrücken. In der EU versucht etwa Viktor Orbán in der Krise seine Macht auszubauen und die Demokratie zu schwächen. Wir dürfen gerade jetzt nicht zulassen, dass Menschenrechte und Demokratie aus dem Fokus geraten, sondern müssen sie umso stärker verteidigen.

Auch die Klimakatastrophe darf auf keinen Fall in den Hintergrund treten. Wenn jetzt Mega-Rettungspakete auf den Weg gebracht werden, ist das gut und richtig. Wir müssen diese Gelder aber so ausgeben, dass wir beide Krisen gemeinsam bekämpfen.

WER LEIDET ANGESICHTS DER CORONA-KRISE AM STÄRKSTEN?

Mit besonderer Härte trifft die Pandemie die Schwächsten: ärmere und ältere Menschen, Kinder, marginalisierte Gruppen und Frauen. Auch Geflüchtete leiden massiv. In völlig überfüllten Lagern – nicht nur auf den griechischen Inseln – sind die Menschen dem Virus schutzlos ausgelie-

fert. Es war beschämend zu sehen, wie zögerlich die Bundesregierung agiert hat. Erst nach langer Zeit und nur auf Druck von außen hat sie die Aufnahme von Geflüchteten ermöglicht. Zutiefst erbärmlich ist auch, wie Innenminister Seehofer die Landesregierungen noch ausbremst, die mehr Menschen aufnehmen wollen.

DU FORDERST EINE FEMINISTISCHE ANTWORT AUF DIE PANDEMIE. WARUM BRAUCHT ES DIE?

Frauen haben ein doppelt so hohes Risiko, durch das Coronavirus ihre Jobs zu verlieren – das zeigen aktuelle Studien. Sie müssen immer noch den Großteil der Kinderbetreuung schultern. Außerdem arbeiten viele im Gesundheits- und Pflegebereich, wo sie einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Das wären schon Gründe genug. Besonders erschreckend ist aber, dass global die Fälle häuslicher und sexueller Gewalt gegen Frauen massiv ansteigen. Und es gibt Regionen, in denen die Krise ausgenutzt wird, um die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen einzuschränken. Nicht nur die Vereinten Nationen warnen, dass mühsam errungene Fortschritte für Frauen weltweit zurückgedreht werden könnten. Das ist extrem alarmierend.

Wenn man sich anschaut, wer über das Krisenmanagement und über milliardenschwere Hilfspakete entscheidet,

globalisierten Welt sind wir heutzutage alle Nachbarn. Dem Virus sind Grenzen oder Nationalitäten völlig egal. Solange wir nur an uns denken, wird das Virus immer wieder zurückkehren. Deutschland ist als Exportland darauf angewiesen, dass auch seine Nachbarn die Corona-Wirtschaftskrise überwinden. Wenn wir nicht helfen, werden es andere tun. Mit ihrer „Hilfe“ werden sie versuchen, den Augenblick zu nutzen, um sich geopolitisch Vorteile zu verschaffen. Sie haben dabei nicht immer unbedingt das Beste im Sinn.

WAS KÖNNEN WIR ALSO KONKRET TUN?

So einiges. Das Wichtigste ist jetzt, internationale Organisationen in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken, allen voran die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation. Gerade wenn andere, wie US-Präsident Trump, diese wichtigen Foren der Zusammenarbeit sogar gänzlich infrage stellen. Da geht es um Geld, aber auch um politische Unterstützung. Ob das wirklich gelingt und gelebt wird, wird sich zum Beispiel zeigen, wenn ein wirksamer und sicherer Impfstoff gefunden wird. Wenn es ihn gibt, sollte er anhand gemeinsamer und kluger Kriterien weltweit fair und gerecht verteilt werden.

Dann gibt es viele praktische Dinge zu tun, etwa Schutzkleidung, Geräte und Testkits bereitzustellen. Wichtig sind auch Schuldenerlasse für die ärmsten Staaten dieser Welt und Aufnahmeprogramme für Geflüchtete. Natürlich kostet Solidarität auch, aber es ist mehrfach gut investiertes Geld. Wir werden wachsam beobachten, dass dafür nicht an anderer Stelle gekürzt wird. Der Kampf gegen die Klimakrise oder Programme gegen andere verheerende Krankheiten dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.



Foto: Vijay Pardey, picture alliance ZUMA Press

dann stellt man leider fest, dass Frauen bisher stark unterrepräsentiert sind. Das geht nicht. Frauen und marginalisierte Gruppen müssen ihre Perspektiven, ihre Erfahrungen und Ideen einbringen. Das heißt: Sie müssen eine starke Stimme und einen festen Platz am Tisch haben. Wir Grüne im Bundestag setzen uns dafür ein, für diese Themen Aufmerksamkeit und öffentlichen Druck zu erzeugen. Wir wollen erreichen, dass die Gelder geschlechtergerecht ausgegeben werden.

ERLEBEN WIR EINEN GLOBALEN WECKRUF FÜR MEHR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT ODER DROHT EIN RÜCKFALL IN EINEN „MY COUNTRY FIRST“-NATIONALISMUS?

Genau das ist die Schicksalsfrage, die sich weltweit in diesem Jahr stellt. Noch ist sie nicht abschließend beantwortet. Zu Beginn der Pandemie haben wir auch in der EU einen Rückfall ins nationale Denken erlebt. Viele EU-Staaten – darunter Deutschland – haben im Alleingang mit Einreiseverboten und Grenzkontrollen auf den Corona-Schock reagiert. Zeitweise wurde die europäische Idee außer Kraft gesetzt, was der EU sehr geschadet hat. Jetzt scheint es ein Umdenken zu geben. Wir Grüne im Bundestag haben von Anfang an die Bedeutung der europäischen und internationalen Solidarität eingefordert. In den ersten Wochen des Krisenmanagements der Bundesregierung haben wir sie allerdings schmerzlich vermisst.

Wenn das Haus des Nachbarn brennt, dann hilft man doch einfach. Das ist nicht nur menschlich, es ist auch die beste Strategie, um das eigene Haus zu schützen. In unserer hoch



AGNIESZKA BRUGGER
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

SOLIDARITÄT – WICHTIGER DENN JE



Foto: Majidi Fathi, picture alliance, NurPhoto

VON UWE KEKERITZ

Die Corona-Krise wirkt besonders im globalen Süden wie ein Brandbeschleuniger auf bestehende Krisen und Probleme. Die dortigen Gesundheitssysteme sind einer Pandemie oft nicht gewachsen. Prekäre Wohnverhältnisse mit unzureichenden hygienischen Bedingungen begünstigen zusätzlich die Ausbreitung des Virus. Wegen der Ausgangssperren können die Menschen ihrer Arbeit nicht nachgehen und gerade im Exportsektor gehen durch die globalen Einbrüche zahlreiche Arbeitsplätze verloren. Ohnehin geringe Einkommen fallen häufig ganz weg, Armut und Hunger breiten sich weiter aus. UN-Schätzungen zufolge werden durch die Folgen der Corona-Krise weltweit zusätzlich 10.000 Kinder pro Monat verhungern. Auch die Staatsverschuldung steigt in diesen Ländern weiter an. Wir können nur gemeinsam einen Weg aus der Krise finden.

ÖFFENTLICHE GESUNDHEITSVERSORGUNG UNTERSTÜTZEN

Schon in „normalen“ Zeiten können die Gesundheitssysteme in vielen Ländern des globalen Südens die Menschen nur unzureichend versorgen. Der Kampf gegen das Coronavirus verschärft diese angespannte Situation weiter. Die Bekämpfung anderer Krankheiten tritt in den Hintergrund. Laut den Vereinten Nationen nahm die Zahl der Impfungen gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten zum ersten Mal seit fast 30 Jahren ab. So drohen sich schwere Krankheiten erneut auszubreiten, auch die Säuglings- und Müttersterblichkeit wird zunehmen.

Es braucht daher zum einen schnelle Unterstützung, um die medizinische Versorgung in den am stärksten betroffenen Ländern zu stärken. Aber das reicht nicht aus. Auch langfristig muss die Entwicklungszusammenarbeit ihren Fokus stärker auf den Ausbau flächendeckender, öffentlicher Gesundheitssysteme richten. Sobald Medikamente und Impfstoffe gegen Covid-19 zur Verfügung stehen, muss der Zugang auch für ärmere Länder sichergestellt sein. Es geht nicht nach Kaufkraft, sondern nach Bedarf.

VERANTWORTUNG FÜR LIEFERKETTEN

Durch die Pandemie ist die Konjunktur weltweit eingebrochen. Das spiegelt sich im Rückgang der Rohstoffpreise und führt in den Rohstoff exportierenden Ländern zu herben Devisenverlusten. Auch der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten muss schwere Einbußen verkraften. Globale Lieferketten werden unterbrochen. Fabriken stehen still. All das befeuert die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern. In Kenia beispielsweise entzieht der Einbruch beim Verkauf von Blumen 150.000 Arbeiter*innen ihre Lebensgrundlage. In asiatischen Textilfabriken verloren bereits zu Beginn der Krise viele ihren Arbeitsplatz oder sie bekamen keinen Lohn, weil große Abnehmer aus dem Norden bereits bestellte und oft schon gefertigte Ware einfach nicht abnahmen. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass gesetzliche Regelungen zu Unternehmensverantwortung nicht trotz, sondern gerade und besonders in Krisenzeiten notwendig sind. Es braucht endlich ein Lieferkettengesetz. Die internationalen Unternehmen müssen verpflichtet werden, Verantwortung für die gesamte Lieferkette zu übernehmen. Ihre Beteuerungen, man fordere von den Subunternehmen die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten ein, bleiben hohl, wenn sie ihre eigenen Praktiken nicht ändern. Denn bislang verhindern knallhart diktierte Preise und einseitige Vertragsbedingungen, dass sich die Strukturen in den Produktionsländern verbessern und dass dort angemessene Löhne bezahlt werden können.

SCHULDENMORATORIUM NUR EIN ERSTER SCHRITT

Auch die Schere zwischen armen und reichen Staaten droht weiter auseinanderzugehen. Die G20-Staaten stehen hier in der Verantwortung. Sie erwirtschaften 85 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und müssen den ärmeren Ländern in der Krise beistehen. Neben direkten Finanzhilfen braucht es endlich eine Lösung für die Schuldenfrage. Insbesondere in Subsahara-Afrika bleibt vielen Ländern kaum Handlungsspielraum. Aber auch ein Land wie Pakistan knebelt die Schuldenlast: 40 Prozent seines Haushalts wendet es für Schulden auf, nur zwei Prozent bleiben für Gesundheitsausgaben übrig. Diese ohnehin schon prekäre Lage vieler Länder wird sich massiv verschärfen und viele überschuldete Staaten in die Zahlungsunfähigkeit führen.

Immerhin haben die G20-Länder nun ein Schuldenmoratorium für die ärmsten Länder beschlossen – ein dringend nötiger Schritt zwar, aber nur ein Minimalziel. Besser wäre es, einen Teil der offenen Schulden ganz zu streichen.

Gerade jetzt rächt sich, dass es keine etablierten Strukturen und Regelwerke gibt, damit sich diese Länder aus der Schuldenfalle befreien können. Die Bundesregierung verweigert sich seit Jahren einem geordneten Entschuldungsverfahren. Jetzt ist der Zeitpunkt, endlich ein Staateninsolvenzverfahren auf UN-Ebene zu schaffen. Die Corona-Krise hat uns letztlich auf Probleme gestoßen, die die Staatengemeinschaft und mit ihr Deutschland schon lange hätten angehen müssen. Es wird höchste Zeit.

- gruene-bundestag.de/coronakrise



UWE KEKERITZ
Sprecher für Entwicklungspolitik

WIRECARD \$SKANDA£

VON LISA PAUS UND DR. DANYAL BAYAZ

SCHANDE UND DESASTER

Erstmals musste in diesem Sommer ein Dax-Konzern Insolvenz anmelden. Die Behörden ermitteln wegen massiven Betrugsverdachts. Vor gerade einmal zwei Jahren war die Wirecard AG in Deutschlands wichtigstem Aktienindex aufgestiegen. Damals wurde der Newcomer als Börsenstar und deutsche Hoffnung auf einen nationalen Champion im digitalen Finanzsektor gefeiert. Die Aktie des Unternehmens notierte bei 200 Euro. Heute liegt der Wert unter zwei Euro. Wie konnte es dazu kommen? Und welche Rolle spielten dabei Aufsichtsbehörden, Wirtschaftsprüfer, Geheimdienste und die politisch Verantwortlichen? Um diese Fragen zu beantworten, ist ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss unumgänglich.

SCHADEN FÜR FINANZPLATZ, STAAT UND ANLEGER*INNEN

In gewisser Weise reiht sich der Fall Wirecard nahtlos in die Wirtschafts- und Finanzskandale der letzten Jahre ein: Egal ob Dieselskandal, Siemens-Schmiergeldaffäre oder organisierter Cum-Ex-Steuerraub – es waren immer die Medien und niemals die Aufsichtsbehörden, die sie aufgedeckt haben. Das Vertrauen in den Finanzplatz und Wirtschaftsstandort Deutschland hat dadurch schwer gelitten. Geschädigte sind die Anleger*innen, die im Vertrauen auf die Testate der Wirtschaftsprüfer und eine wirksame Finanzaufsicht ihr Geld in das Unternehmen investiert hatten. Ihnen droht der Totalverlust ihrer Geldanlagen. Auch öffentliche Gelder in Millionenhöhe scheinen verloren, weil die Commerzbank – an der der Staat beteiligt ist –, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Landesbank Baden-Württemberg dreistellige Millionenkredite an Wirecard vergeben haben. Und auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY (früher Ernst&Young) und deren Aufsicht haben den langjährigen Betrug weder bemerkt noch verhindert. Jetzt gilt es, Licht in die ganze Affäre zu bringen und Transparenz über mögliche politische Versäumnisse und Verstrickungen herzustellen.

AUFKLÄRUNG IM PARLAMENT

Als Erste haben wir Grüne den Skandal im Bundestag thematisiert. Weder Finanzminister Olaf Scholz noch Wirtschaftsminister Peter Altmaier hielten es allerdings für nötig, in der Aktuellen Stunde des Bundestages im Juli persönlich zu erscheinen. Dabei sind es ihre Arbeitsbereiche und ihre Aufsichtsbehörden, die in der Verantwortung stehen.

Schon im Finanzausschuss hatten wir kritische Fragen an das Finanzministerium und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gestellt. Auch hier hat sich Olaf Scholz zunächst der Debatte entzogen und seine Staatssekretärin vorgeschickt. Aber weder sie noch BaFin-Präsident Felix Hufeld konnten unsere Fragen umfassend beantworten. Teilweise wurden uns wichtige Details vorenthalten. Es wurde klar, dass wir auch in der parlamentarischen Sommerpause weiter daran würden arbeiten müssen, die Aufklärung zügig voranzutreiben.

Noch im Juli gab es auf unser Verlangen eine Sondersitzung des Finanzausschusses. Für uns war es zwingend notwendig, dass auch die hauptverantwortlichen Minister Altmaier und Scholz anwesend sind und sich unseren Fragen persönlich stellen. Auch das Kanzleramt wollten wir befragen. Denn zwischenzeitlich gab es Berichte über Kontakte des flüchtigen Wirecard-Vorstands zu ausländischen Geheimdiensten. Außerdem war zu erklären, warum die Kanzlerin noch persönlich auf einer Auslandsreise für Wirecard geworben hat, als die Vorwürfe gegen das Unternehmen schon im Raum standen. Dazu war die Koalition zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht bereit, sodass aus unserer Sicht eine zweite Sondersitzung notwendig wurde.

Seit der Wirecard-Bluff aufflog, bringt jeder Tag neue Enthüllungen. Mehr und mehr zeichnet sich das Bild eines Systems der kollektiven Unverantwortlichkeit in Politik und Aufsichtsbehörden ab. Alle Beteiligten sehen sich als Opfer komplizierter Umstände und zeigen mit dem Finger auf den jeweils anderen. Good Governance sieht anders aus. Es gibt klare Anzeichen für ein strukturelles Problem, das über den aktuellen Fall weit hinausreicht.

REGIERUNG SIEHT DIE FEHLER NICHT BEI SICH

Olaf Scholz ist als Finanzminister verantwortlich für die Arbeit der Finanzmarktaufsicht. Seiner Meinung nach hat die BaFin alles rechtlich Mögliche getan, um Wirecard zu kontrollieren. Er verteidigte sogar noch eine Anzeige seiner Behörde gegen die Journalisten der "Financial Times", die ja den Skandal erst ans Licht gebracht hatten.

Offen gestanden kommen wir da nicht ganz mit. Die Finanzaufsicht hat faktisch die größten Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten aller Aufsichtsbehörden bei Finanzkonzernen. Deshalb sind wir der Meinung: Nach den vielen Vorwürfen gegen das Unternehmen hätte die BaFin Wirecard sehr viel früher und umfassender kontrollieren müssen – und sie hätte das auch gekonnt. Wie erklären sich also diese Versäumnisse?

Auch Peter Altmaier sah kein Fehlverhalten bei der ihm unterstellten Aufsichtsbehörde der Wirtschaftsprüfer. Diese ist zwar tatsächlich sehr viel früher als die BaFin aktiv geworden, doch Anhaltspunkte, dass die Arbeit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY gerade in Sachen Wirecard eingehend untersucht wurde, haben wir nicht. Die massiven Unstimmigkeiten in der Wirecard-Bilanz hätten den Prüfern doch sehr viel früher auffallen müssen.

Kaum verwunderlich, dass auch das Kanzleramt sich keiner Schuld bewusst ist. Viele unserer Fragen zur Arbeitsweise der Aufsichtsbehörden und geheimdienstlichen Verstrickungen blieben unbeantwortet. So hat es sich die Regierung selbst zuzuschreiben, dass nunmehr kein Weg an einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorbeiführt.

PARLAMENTARISCHER UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS SOLL TRANSPARENZ SCHAFFEN

Um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, braucht es ein Viertel der Mitglieder des Bundestages. Zusammen mit den demokratischen Oppositionsparteien haben wir ihn beantragt.

Der Untersuchungsausschuss soll Erkenntnisse bringen, welche Mechanismen der Aufsicht und der Wirtschaftsprüfung in Deutschland verändert werden müssen. Viele Probleme sind hausgemacht und lange bekannt.



Foto: Michael Kappeler, dpa

DER FALL WIRECARD

AUFSTIEG UND FALL EINES BÖRSENSTARS

Wirecard ist ein Finanzdienstleister, der Zahlungen zwischen Kunden und Geschäften, zum Beispiel über Kreditkarten, abwickelt. Das Unternehmen verbucht Zahlungen der Kunden und leitet diese dann an die Händler weiter. Dabei sitzt es an der Schnittstelle zwischen Händlern auf der einen und Banken und Kreditfirmen auf der anderen Seite. Die Firma startete ihr Geschäft vorwiegend mit Kunden aus der Porno- und Glücksspielbranche. Beide Bereiche sind weltweit streng reguliert und in bestimmten Ländern sogar ganz verboten. In jedem Fall gehören sie zu den Hochrisikosektoren für Geldwäsche und Betrug.

Durch Unternehmenszukäufe und den Ausbau des sogenannten Drittkundengeschäfts stiegen die Umsätze, die Geschäftsgrundlage der Wirecard AG verbreiterte sich. Diese Aktivitäten fanden zu großen Teilen in Asien statt. 2006 wurde das Unternehmen in den TecDax aufgenommen. Damals wurde auch die Wirecard Bank AG gegründet.

Bereits 2008 tauchten jedoch erste Hinweise auf Bilanzmanipulation auf. Um den Vorwürfen zu begegnen, erstattete Wirecard Anzeige gegen die Hinweisgeber und beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY mit einer Prüfung. Sie wurde dann auch mit der Abschlussprüfung des Konzerns beauftragt. Diesen Auftrag hat die Gesellschaft bis zur Insolvenz der Wirecard AG gehalten.

2015 war es die britische "Financial Times", die eine Reihe kritischer Artikel mit diversen Vorwürfen, so auch der Falschbilanzierung, veröffentlichte. Andere Medien reihten sich ein. Wirecard bestritt aber stets alle Vorwürfe. 2019 gab es neue Recherchen der "Financial Times". Wie schon 2008 erstattete Wirecard auch hier als Reaktion auf die kritischen Artikel selbst Anzeige. Besonders pikant: Auch die deutsche Finanzaufsichtsbehörde, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), erstattete – wegen des Vorwurfs der Marktmanipulation – Anzeige gegen Journalisten der renommierten Zeitung und auch gegen andere Marktteilnehmer. Die Behörde ist Finanzminister Olaf Scholz unterstellt.

Um den Schein zu wahren, beauftragte Wirecard selbst eine weitere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die KPMG, mit einer forensischen Sonderprüfung – also einer Bilanzanalyse, die auch auf kriminelle Handlungen hin überprüft. Das Ergebnis des Sonderberichts: Die Betrugsvorwürfe konnten zwar nicht bewiesen, aber wegen fehlender Belege auch nicht entkräftet werden. Für angebliche Umsätze und Guthaben in Asien gab es keine Bestätigungen. EY weigerte sich daraufhin, den Jahresabschluss für das Jahr 2018 mit einem Testat zu versehen. Der Absturz war nicht mehr aufzuhalten.

Jetzt überschlugen sich die Ereignisse: Drei Vorstände des Unternehmens wurden verhaftet. Ein Vorstandsmitglied tauchte unter und ist bis jetzt (Stand Mitte September 2020) auf der Flucht. Mittlerweile ist klar: In der Bilanz ausgewiesene Finanzmittel von 1,9 Milliarden Euro existierten nur auf dem Papier. Im Juni meldete die Wirecard AG Insolvenz an. Der Präsident der BaFin, Felix Hufeld, bezeichnete die Vorgänge rund um Wirecard als „komplettes Desaster“ und als „eine Schande“. Dieses Desaster ließ den Börsenwert des Unternehmens um etwa 23 Milliarden Euro fallen.

Seit Jahren haben wir auch auf europäischer Ebene auf Schwachstellen im Aufsichts- und Kontrollsystem hingewiesen. Es gilt in Zukunft zu verhindern, was nie hätte passieren dürfen. Lückenlose Aufklärung und echte Reformen sind das Mindeste, was die Bundesregierung den geschädigten Kleinanleger*innen schuldig ist.

Durch die Sondersitzungen des Finanzausschusses haben wir bereits wichtige Informationen erhalten, um den Untersuchungsausschuss in den wenigen Monaten bis zum Ende der Legislaturperiode stringent führen zu können. Mit der Strategie gründlicher und zielgerichteter Arbeit statt aktionistischer PR-Aktionen sind wir schon beim Cum-Ex-Untersuchungsausschuss gut gefahren. Dort konnten wir den größten Steuerraub der deutschen Geschichte auf-

klären und neue Betrügereien verhindern. Zumindest ein Teil des Schadens für die öffentlichen Haushalte konnte erfolgreich ausgeglichen werden. An diese Erfahrungen wollen wir im Wirecard-Skandal anknüpfen.

Ein Untersuchungsausschuss kann die Salamitaktik einer scheinweisen Aufklärung seitens der Bundesregierung und der Aufsichtsbehörden beenden. Denn ihm stehen sehr viel weiter gehende Akteneinsichtsrechte zu als dem Finanzausschuss. Auch können dort Zeugen unter Eid befragt werden. Mit Widersprüchen und tröpfelnden Informationen über die tatsächlichen Abläufe und Kenntnisse der Aufsichtsbehörden werden die Verantwortlichen hier nicht mehr durchkommen.

NOTWENDIGE KONSEQUENZEN

Obwohl der Untersuchungsausschuss seine Arbeit noch nicht aufgenommen hat, gibt es schon jetzt wichtige Lehren aus den Geschehnissen rund um Wirecard.

- Der Auftrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht muss klarer formuliert werden. Dazu muss die Behörde personell und strukturell neu aufgestellt werden. Wir brauchen eine handlungsfähige und handlungswillige Finanzaufsicht mit kriminalistischem Gespür.
- Wir brauchen eine Reform der Wirtschaftsprüfung und ihrer Aufsicht. Prüfgesellschaften großer Unternehmen müssen öfter wechseln. Es darf nicht sein, dass eine Prüfgesellschaft einen Dax-Konzern über zehn Jahre prüft und nebenbei noch berät. Zusätzlich müssen die Untersuchungen und Ergebnisse der Wirtschaftsprüferaufsicht transparenter werden.
- Wir wollen die Wirtschaftsprüfung und das Beratungsgeschäft trennen, die zivil- und standesrechtliche Verantwortlichkeit von Rechtsanwälten und Steuerberatern verschärfen und die Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle einführen.
- Die Haftungsgrenze für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wollen wir überprüfen. Im Fall Wirecard haben Anleger*innen und Banken Milliarden verloren, weil sie sich auf die Prüfergebnisse verlassen haben. Die Prüfgesellschaft selbst haftet aber maximal für einen Schaden von vier Millionen Euro. Das ist nicht verhältnismäßig.
- Die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden muss verbessert werden. Im Fall Wirecard waren die BaFin, die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) und die Abschlussprüferaufsichtsstelle jeweils separat tätig. Auch der beim Zoll angesiedelten Financial Intelligence Unit lagen fast 1.000 Verdachtsmeldungen zu Geldwäsche und Betrug vor. Dennoch fand kein echter Informationsaustausch und schon gar keine Zusammenarbeit zwischen den Behörden statt.
- Whistleblower müssen besser geschützt werden. Diese wichtigen Hinweisgeber brauchen mehr gesellschaftliche Anerkennung und Schutz. Dazu braucht es auch eine gesetzliche Absicherung.
- Geldwäsche muss verhindert werden. Lücken in der Zuständigkeit verschiedener Behörden müssen konsequent geschlossen werden.

● gruene-bundestag.de/wirecard



LISA PAUS
Sprecherin für Finanzpolitik



DR. DANYAL BAYAZ
Leiter Wirtschaftsbeirat



POLIZEI *in der* EINWANDERUNGS- GESELLSCHAFT

VON IRENE MIHALIC

DER GEWALTSAME TOD VON GEORGE FLOYD LÖSTE WELTWEIT PROTESTE AUS. AUCH IN DEUTSCHLAND HAT #BLACKLIVESMATTER ERNEUT DIE FRAGE AUFGEWORFEN, WIE ES UM DEN RASSISMUS IN DER POLIZEI STEHT.

AUFKLÄRUNG IST GEFORDERT

Die NSU-Morde oder der Fall Oury Jalloh sind prominente Belege dafür, dass auch die deutsche Polizei nicht frei von rassistischen Einstellungen ist. Vom Alltagsrassismus ganz zu schweigen. Handlungsbedarf sieht Bundesinnenminister Seehofer trotzdem nicht. Von Racial Profiling will er noch nichts gehört haben, verfassungsfeindliche Einstellungen in den Sicherheitsbehörden unter die Lupe zu nehmen, lehnt er ab. Unterdessen gibt es neue Hinweise auf Verbindungen der rechten Szene in die Polizei. Denn bevor in diesem Sommer erneut vom sogenannten NSU 2.0 unterzeichnete Drohmails bei Politiker*innen, Künstler*innen und anderen Prominenten eingingen, waren zumindest einige der Adressen von hessischen Polizeicomputern abgerufen worden.

POLIZEIBEAUFTRAGTE ALS ANSPRECHSTELLE

Ein weiterer dringlicher Reformschritt wäre die Einsetzung unabhängiger Polizeibeauftragter in Bund und Ländern. Unser aktueller Gesetzentwurf dazu fand jedoch erneut keine Mehrheit. Dabei würde es eine solche Stelle sowohl für Bürger*innen wie auch für Polizist*innen einfacher machen, auf diskriminierendes Polizeiverhalten und strukturelle Probleme hinzuweisen. Gerade der Blick auf Hessen lehrt, dass wir eine gründliche und unabhängige Untersuchung rechtsextremer Vorfälle brauchen. Wir müssen mit aller Macht verhindern, dass sich rechte Netzwerke über die Polizei Zugang zu Waffen und sensiblen Daten verschaffen.

Der Modernisierungsschub in der Polizei, der sie auf unsere Einwanderungsgesellschaft einstellt, steht noch aus. Der Bundesinnenminister bremst alles aus, was nur im Entferntesten nach Reform riecht. Wir als grüne Bundestagsfraktion haben zahlreiche Verbesserungsvorschläge geliefert, nun ist es an Regierung und Behörden, diese Aufgabe entschlossen anzugehen.

● gruene-bundestag.de/polizei



IRENE MIHALIC
Sprecherin für Innenpolitik

Wie verbreitet sind nun verfassungsfeindliche Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit innerhalb der Polizei wirklich? In unserem Antrag „Verfassungsfeindliche Tendenzen in der Polizei erkennen und entschlossen angehen“ fordern wir dazu qualitative Untersuchungen, vergleichbar der repräsentativen Leipziger Autoritarismus-Studie oder der Mitte-Studie. Danach vertreten drei bis sechs Prozent der Deutschen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, jede zweite bis dritte Person neigt zur Abwertung von Asylsuchenden. Wir gehen davon aus, dass die überwiegende Mehrheit der Polizist*innen fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ablehnt. Doch ist auch in den Reihen der Polizei mit einem gewissen Zuspruch zu rechtspopulistischen und autoritären Einstellungen zu rechnen. Wir brauchen hier mehr Klarheit, um Probleme gezielter angehen zu können.

MEHR DIVERSITÄT

Schon lange fordern wir als grüne Bundestagsfraktion, die Polizei besser auf unsere Einwanderungsgesellschaft einzustellen. In den westdeutschen Bundesländern gibt es seit längerem Bemühungen, mehr migrantische Bewerber*innen für den Polizeidienst zu gewinnen – in Berlin und Baden-Württemberg durchaus mit Erfolg. Doch von einer Polizei, die unsere vielfältige Einwanderungsgesellschaft widerspiegelt, sind wir noch weit entfernt. Der Polizeidienst muss also für Menschen mit Migrationsgeschichte attraktiver werden.

Doch wäre es eine Illusion zu glauben, dass bereits eine vielfältiger zusammengesetzte Polizei die Probleme innerhalb der Polizeibehörden löst. Daniela Klimke, Professorin an der Polizeiakademie Niedersachsen, liefert zahlreiche Argumente für eine vielfältigere Polizei und weist zugleich auf die Schwachstellen hin. Ihren Studien zufolge passen sich Polizist*innen mit Migrationshintergrund häufig sehr schnell den Strukturen der Polizeiorganisation an. Bei den anderen Kolleg*innen wächst aber nicht zwangsläufig das Bewusstsein für Diversität. Es braucht Konsequenz und Konzepte, damit Vielfalt zur gelebten Behördenrealität wird.

Zunächst einmal gilt es jedoch, verloren gegangenes Vertrauen in die Polizei wiederherzustellen. Denn zu oft müssen Bürger*innen, die wegen ihres Migrationshintergrunds Opfer von Straftaten werden, die Erfahrung machen, dass die herbeigerufene Polizei diesen Zusammenhang nicht erkennt. Ein Blick zu unseren europäischen Nachbarn zeigt, wie man es besser macht: Spanien hat bereits 2011 eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und Xenophobie beschlossen. Schon bei der Aufnahme einer Anzeige wird in Betracht gezogen, ob einer Straftat ein entsprechendes Motiv zugrunde liegt. Auch in Deutschland sollte die Opferperspektive in der Polizeiarbeit stärker beachtet werden. Das könnte nicht nur die Ermittlungsarbeiten erleichtern, sondern auch rassistischen Vorurteilen bei den Ermittler*innen entgegenwirken, wie sie etwa bei den NSU-Mordermittlungen erkennbar waren.

Vom Ressourcenschutz bis zu gesunder Ernährung und Alltagsgegenständen ohne Gift reicht Bettina Hoffmanns politisches Programm. Das Zauberwort heißt Nachhaltigkeit.

DIE AUSDAUERENDE

Auch diesen Sommer lässt sie sich nicht vermiesen. Bettina Hoffmann genießt ihn an ihrem Lieblingsort: im Freien. Ob bei der Gartenarbeit, beim Schwimmen oder Wandern – die nordhessische Landschaft bei Kassel, wo die 60-jährige Umweltpolitikerin lebt, ist dafür wie geschaffen. Sie weiß, dass sie privilegiert ist, gerade in diesen Zeiten. Leben mit der Natur und zugleich für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sorgen, das geht bei ihr Hand in Hand. Dass durch die Corona-Krise die Umweltthemen ins Hintertreffen geraten könnten, diese Sorge teilt sie nicht. Im Gegenteil: „Nach und nach kommen jetzt die Schnittstellen zu unserer Lebensweise ans Licht, Probleme in der Landwirtschaft, in der Tierhaltung, in der Art, wie wir mit unserer Umwelt umgehen“, erklärt sie. Als Sprecherin der Fraktion für Umweltpolitik und Umweltgesundheit will sie aufzeigen, dass alles mit allem zusammenhängt.

„Unsere Art zu wirtschaften steht infrage.“ Ihre Forderung an die Bundesregierung, die Wirtschaftspolitik jetzt stärker an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten, formuliert sie freundlich, aber entschieden. Die Bürger*innen seien schon bereit für Veränderung. Viele sind mit dem Rad unterwegs, schätzen elementare Dinge wie gesunde Ernährung oder saubere Umwelt wieder höher ein. Und das könnte durchaus ein nachhaltiger Effekt sein, glaubt sie. Denn auch abseits von Corona gibt es Probleme, die den Menschen unter die Haut gehen: Der Dieselskandal hat ein Schlaglicht auf die Luftverschmutzung in unseren Städten gelenkt, immer mehr Menschen leiden an Allergien. Unerschütterlich wiederholt sie ihr Mantra: für mehr Nachhaltigkeit sorgen, Kreislaufwirtschaft voranbringen, gesunde Lebensbedingungen schaffen – da kann man ganz viel machen. Von den Mühen der Ebene ist bei ihr keine Rede.

Ihr Entdeckergeist wird früh geweckt. Bettina Hoffmann wächst auf dem Land bei Bad Hersfeld auf, als Kind genießt sie große Freiräume, streift durch Wald und Feld. Ihr Vater, der als Mechaniker bei Siemens an der Entwicklung der ersten Computer mitarbeitet, führt sie und ihren Bruder an technische Fragen heran. Ihr Interesse an der Natur und die Umweltbewegung der 80er-Jahre, Waldster-

ben und saurer Regen, aber auch die Folgen des Kaliabbaus in ihrer Region bündeln sich in dem Entschluss, Biologie zu studieren. Das Studium schließt sie mit der Promotion ab, ein Forschungsstipendium führt sie für einige Monate nach Tokio. Ein einjähriges Stipendium für die USA schlägt sie aus, entscheidet sich für Familie und eine Tätigkeit als Laborleiterin in der medizinischen Diagnostik. Später betreibt sie zusammen mit ihrem Mann eine Agentur, die Konzepte für Umweltbildung und Regionalentwicklung erarbeitet.

Als Politikerin ist sie an Lösungen interessiert. „Ich will dabei sein, wo Entscheidungen getroffen werden, die uns voranbringen.“ Aus diesem Grund zog es sie auch in den Bundestag. 20 Jahre lang war sie zuvor ehrenamtlich in der Kommunalpolitik aktiv, die Mitarbeit an der Lokalen Agenda brachte sie zu den Grünen. „Die Lokalpolitik ist spannend“, sagt sie, „man sieht direkt die Auswirkungen auf das tägliche Leben. Aber in der Bundespolitik sind die Rädchen natürlich noch mal größer, an denen man drehen kann.“ In ihrer Position als Sprecherin für Umweltpolitik laufen die Fäden, an denen sie lange gesponnen hat, zusammen – ein Glücksfall, das ist ihr ins Gesicht geschrieben. „Ich will Dinge umsetzen, nicht nur Probleme benennen – im besten Fall natürlich in einer Regierungsbeteiligung“, sagt sie verschmitzt. „Ich will, dass wir große Schritte machen in der ökologischen Transformation. Und ich habe auch die Ausdauer und die Kraft dazu.“ Ihre Kraftquelle war und ist die Natur ihrer Heimatregion im Schwalm-Eder-Kreis. Hatte sie schon mal die Vorstellung, ganz woanders zu leben? Durchaus. Als Abiturientin wollte sie für ein Auslandsjahr nach Frankreich, dass daraus nichts wurde, bedauert sie noch heute. Dem Reisen gehört ihre Leidenschaft, am besten spontan und zu neuen Zielen. Sie liebt die Berge und das Meer, begeistert sich für ihre Farben und Formen. Offen zu bleiben für neue Impulse und der kritische Austausch mit anderen, das ist für sie unverzichtbar. So hält sie es in der Familie wie in ihrem politischen Umfeld.

BIOGRAFIE:

1997 bis heute Kommunalpolitik in verschiedenen Funktionen
Seit 1998 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
2011 bis 2017 Beisitzerin im Landesvorstand Hessen
Seit 2017 Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Sprecherin für Umweltpolitik und Umweltgesundheit, Mitglied und Obfrau im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

AK EINS

Wirtschaft, Finanzen & Soziales

GRÜNE GARANTIESICHERUNG STATT HARTZ IV

Die Hartz-IV-Regelsätze befinden sich seit Jahren auf einem Niveau, das die tatsächlichen Bedarfe nicht deckt und an der Lebensrealität völlig vorbeigeht. Die Bundesregierung hat mit dem gerade vorgelegten Gesetzentwurf die Chance vertan, das Regelsatzermittlungsverfahren grundlegend zu reformieren. Stattdessen erhöht Bundesarbeitsminister Heil den Regelsatz für Erwachsene um lediglich sieben Euro und rechnet die Regelsätze weiter politisch klein. Zu den Tricks der Bundesregierung gehört die willkürliche Streichung von Ausgabenpositionen. Beispielsweise sind ein Weihnachtsbaum, Speiseeis oder Mobilitätsausgaben für Grundsicherungsempfänger*innen nicht vorgesehen. Außerdem werden weiterhin verdeckt arme Haushalte berücksichtigt, die unter Grundsicherungsniveau leben, wodurch die Regelsätze niedrig bleiben werden.

Wir haben im Juni ein eigenes, wissenschaftlich fundiertes Konzept zur Berechnung der Regelsätze vorgestellt. Dabei werden verdeckt arme Menschen aus der Vergleichsgruppe herausgerechnet und es wird auf Streichungen einzelner Bedarfe verzichtet. Außerdem orientieren wir uns bei den Berechnungen an dem Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den tatsächlichen Lebensbedingungen, wie es vom Bundesverfassungsgericht eingefordert wurde. Unser Ziel ist es, insbesondere die Teilhabemöglichkeiten deutlich zu verbessern.

Im Rahmen unseres Modells liegt der angestrebte Regelsatz für Erwachsene bei 603 Euro pro Monat inklusive Strom und weißer Ware. Außerdem wollen wir – bis die Kindergrundsicherung umgesetzt ist – die Kinderregelsätze je nach Alter auf einen Betrag von 306 bis 444 Euro anheben.

Eine Anhebung der Regelsätze auf dieses Niveau ist nur schrittweise möglich. Sie muss flankiert werden von einer Politik für gute Arbeit und faire Löhne sowie Maßnahmen gegen Kinderarmut, für ein besseres Wohngeld und eine Garantierente.

Kurzfristig fordern wir die Bundesregierung auf, für die Zeit der Corona-Krise einen kurzfristigen Aufschlag von 100 Euro für Erwachsene und 60 Euro für Kinder in der Grundsicherung zu zahlen. So können Grundsicherungsempfänger*innen in der aktuellen Corona-Pandemie unterstützt werden.

● gruene-bundestag.de/garantiesicherung



Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

PANDEMIERISIKO SENKEN – NATURZERSTÖRUNG UND WILDTIERHANDEL STOPPEN

Die Corona-Pandemie zeigt, dass Arten- und Naturschutz auch vorsorgenden Gesundheitsschutz bedeutet. Denn eine intakte Natur hält Krankheitserreger in Schach. Über drei Viertel der neu auftretenden Infektionskrankheiten stammen aus der Tierwelt – meist von Wildtieren. Die Zerstörung von Lebensräumen, wie das Abholzen von Wäldern und die Ausbeutung von Wildtieren, erhöht das Risiko, dass Erreger von Tieren auf Menschen überspringen. Eine intakte Natur bietet daher effektive Vorsorge gegen zukünftige Zoonosen (Infektionskrankheiten, die gleichermaßen bei Tieren und Menschen vorkommen) und Pandemien. Wir Grüne im Bundestag setzen uns daher für den Schutz weltweiter Ökosysteme ein und dafür, den legalen und illegalen Wildtierhandel entschieden zu bekämpfen.

● gruene-bundestag.de/wildtierhandel

SCHEUER ALS ZEUGE VOR DEM MAUT-AUSSCHUSS

Mit ihrer Ausländer-Maut hat die CSU auf die chauvinistische Karte gesetzt – und sich massiv verzockt. Bekanntlich ist das Vorhaben vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) krachend gescheitert. Eine Maut, von der deutsche Autofahrer*innen via Kfz-Steuer entlastet werden, diskriminiert und ist mit europäischen Werten unvereinbar. Das war uns Grünen im Bundestag von Anbeginn klar. Neben dem politischen Fiasko und hohen Schadenersatzansprüchen untersucht seit 2019 ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss, ob Verkehrsminister Scheuer Vergabe- und Haushaltsrecht verletzt hat. Die Vorwürfe wiegen schwer. Am 1. Oktober befragen wir Scheuer dort – höchste Zeit, dass er alle Fakten präsentiert und Verantwortung übernimmt.

● gruene-bundestag.de/maut



Foto: Christian Mang, picture alliance

AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

GEFÄHRLICHE VERSCHWÖRUNGS- IDEOLOGIEN

Mit Beginn der Corona-Pandemie hat weltweit die Verbreitung von Verschwörungsideologien rasant zugenommen. In einer umfangreichen Kleinen Anfrage haben wir die Bundesregierung deswegen nach verschwörungsideologischen Kampagnen, Veranstaltungen und Gruppierungen in Zusammenhang mit der Corona-Krise und den davon ausgehenden Gefahren befragt. Aus der Antwort geht hervor, dass russische und chinesische staatsnahe Medien gezielt zur Verbreitung von gefährlichen Falschmeldungen in Deutschland beitragen und die Demonstrationen auch von rechtsextremen und verschwörungsideologischen Akteuren zur Verbreitung ihrer Ideologien genutzt werden.

Umso erschreckender ist die Unkenntnis der Bundesregierung über die Vernetzung dieser Akteure insbesondere in offenen Kanälen des Messenger-Dienstes Telegram. Brandgefährliche Gruppierungen, wie zum Beispiel die QAnon-Bewegung, die antisemitische und rassistische Ressentiments verbreiten, erlangen gerade über Messenger-Dienste eine große Öffentlichkeit. Die Bundesregierung muss das Analysedefizit der Sicherheitsbehörden endlich angehen, um mit einer umfassenden Strategie Gefahren wie die der QAnon-Bewegung gezielt entgegenzuwirken

● [gruene-bundestag.de/verschoerung](https://www.gruene-bundestag.de/verschoerung)

DEMOKRATIEFÖRDERGESETZ JETZT!

„Mit einem Demokratiefördergesetz die Zivilgesellschaft schützen und stärken“, fordern wir in einem neuen Antrag im Bundestag. Wir machen Druck, denn die Bundesregierung liefert trotz Ankündigungen bislang nicht. Ideologien der Ungleichwertigkeit gefährden das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben in einem demokratischen Gemeinwesen. Fehlende Planungssicherheit erschwert die Arbeit vieler Initiativen, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen. Die Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur Demokratiestärkung, gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss als Daueraufgabe über ein Demokratiefördergesetz nachhaltig gestaltet und finanziell und strukturell abgesichert werden. Dabei darf die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements nicht ausgehöhlt werden. Unser Antrag zeigt auf, wie das geht.

● [gruene-bundestag.de/demokratie](https://www.gruene-bundestag.de/demokratie)

AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

NORD STREAM 2 STOPPEN!

Der Mordversuch an Oppositionspolitiker Alexei Nawalny hat erneut klar gemacht, mit was für einem Regime wir es in Russland zu tun haben: Wladimir Putin kennt bei der Unterdrückung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keine Skrupel. Er ist kein Partner, weder für Demokratie, noch für die Energiewende. Seit langem fordern wir im Bundestag eine Neuausrichtung der Russlandpolitik. Jetzt muss die Bundesregierung endlich handeln. Statt sich immer wieder Illusionen auf partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Putin hinzugeben, muss sie im Umgang mit Russland klar und konsequent europäische Werte hochhalten. Die Pipeline „Nord Stream 2“ muss gestoppt werden.

Alexei Nawalny ist kein Einzelfall. Regelmäßig kommt es zu Mordanschlägen auf Kritiker*innen und Kritiker des Regimes Putin. Alle Versuche der letzten Jahre, partnerschaftlich mit der russischen Regierung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern, sind fehlgeschlagen. Seit 2014 geht Russland zudem militärisch gegen die Ukraine vor und hat die Halbinsel Krim völkerrechtswidrig annektiert. Auch in Belarus hat der Kreml kein Interesse daran, dass die Rufe der Menschen nach Demokratie und Freiheit Gehör finden.

Unsere Haltung im Bundestag zu „Nord Stream 2“ ist klar: Die Pipeline ist eine Wette gegen die europäischen Klimaziele. Statt über die Abnahme von Gas und Öl das System Putin zu finanzieren, müssen wir in Europa die Dekarbonisierung vorantreiben. Ein „rein wirtschaftliches Projekt“, wie die Bundesregierung behauptet, war die Pipeline nie – sondern ein Schlag ins Gesicht unserer Partner in der Europäischen Union und in der Ukraine. Die Bundesregierung muss dem Projekt die Unterstützung entziehen.

Als Bundestagsfraktion treten wir darüber hinaus dafür ein, die bestehenden EU-Sanktionen gegen Russland beizubehalten, solange der Kreml seinen Kurs nicht ändert. Es schadet unserer Glaubwürdigkeit gegenüber Russland, aber auch innerhalb der Europäischen Union, wenn sie von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Koalitionsparteien immer wieder in Frage gestellt werden. Dialog mit Russland bleibt richtig – unter anderem deswegen fordern wir seit Jahren ein Ende der Visumpflicht.

● www.gruene-bundestag.de/nawalny

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

PANDEMIERAT FÜR BESSERE WISSEN- SCHAFTLICHE BERATUNG

Deutschland hat die Pandemie bislang ganz gut gemeistert. Die Wissenschaft hat von Beginn an wichtige Grundlagen für diesen Erfolg gelegt. Doch inzwischen steigen die Infektionszahlen wieder an. Die wissenschaftliche Beratung muss daher verstetigt und auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Wir schlagen hierzu einen interdisziplinär besetzten Pandemierat vor. Der Rat soll Empfehlungen zur Pandemiebekämpfung abgeben und differenzierte Strategien entwickeln. Vor allem die vielfältigen Folgewirkungen der Pandemiebekämpfung könnten hierdurch angemessen berücksichtigt werden. Dies ist unbedingt notwendig, anderenfalls besteht das Risiko, dass die bestehende gesundheitliche und soziale Ungleichheit durch die Pandemie weiter verstärkt wird.

● [gruene-bundestag.de/coronakrise](https://www.gruene-bundestag.de/coronakrise)

BESSERE BEDINGUNGEN FÜR ALLEINERZIEHENDE

In Deutschland leben etwa 1,3 Millionen Mütter und 180.000 Väter allein mit minderjährigen Kindern im Haushalt. Das ist ungefähr jede fünfte Familie. Was Alleinerziehende alles leisten, ist in der Corona-Krise besonders deutlich geworden. Aber ihr Armutsrisiko ist vier Mal so hoch wie das der meisten Paarfamilien mit Kindern. Dabei arbeiten alleinerziehende Frauen im Schnitt mehr als Frauen in Paarfamilien. Wir setzen uns dafür ein, dass der Mindestlohn deutlich steigt und die Entgeltdiskriminierung von Frauen effektiv bekämpft wird. Alleinerziehende brauchen einen besseren Zugang zu Erwerbstätigkeit und Unterstützung durch gute Kinderbetreuung. Und wir wollen die Art, wie in Deutschland Familien finanziell unterstützt werden, umkrempeln und gerechter gestalten: mit einer Kindergrundsicherung. Alle Kinder sollen einen festen Garantie-Betrag bekommen. Kinder, deren Eltern kein oder nur ein geringes Einkommen haben, werden mit einem zusätzlichen GarantiePlus-Betrag unterstützt.

● [gruene-bundestag.de/alleinerziehende](https://www.gruene-bundestag.de/alleinerziehende)

grün & GRÜNER



Kultur trotz(t) Corona

Die Corona-Krise trifft die Kulturszene äußerst hart, insbesondere die vielen Soloselbstständigen und Kleinunternehmen, die unter prekären Bedingungen arbeiten. Während sich die bisherige Debatte aber vor allem um die Unterstützung performativer Künste wie Musik und Theater drehte, blieb die bildende Kunst außen vor, und das, obwohl Künstler*innen mit der pandemiebedingten Schließung von Galerien ihre wichtigste Plattform weggebrochen ist.

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung bedenkt sie trotzdem so gut wie nicht. „Kunstwerke verkaufen geht auch in der Krise“, lautet offenbar die Annahme. An der realen Existenznot von Künstlern und vor allem Künstlerinnen geht das völlig vorbei.

Mit Expert*innen und Betroffenen aus dem Kunstbetrieb wie Johann König und Andrea Büttner, Marcel Noack und Albert Weis diskutierte unser Sprecher für Kulturpolitik, Erhard Grundl, deshalb am 7. Juli im Rahmen der Online-Reihe „Kultur trotz(t) Corona“ über die spezifischen Probleme der Kunstszene und nachhaltige Lösungen für sie.

Hier geht's zur Aufzeichnung:

- gruene-bundestag.de/malen-nach-zahlen



Gemeinsam Rassismus überwinden

Die wirksamste Prävention gegen Rassismus ist die Gestaltung einer rassistisch-kritischen und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft. Hierfür braucht es einen lebendigen Dialog mit der gesamten Gesellschaft.

In unserer Online-Reihe, gestartet am 25. August mit Claudia Roth und Filiz Polat, diskutieren wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft politische Strategien für einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung und eine verlässliche Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Mit unserer parlamentarischen Arbeit setzen wir uns dafür ein, dass sie in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie dem politischen und öffentlichen Raum repräsentiert sind.

Weiter geht's am 25. September, 14. und 27. Oktober unter anderen mit Anton Hofreiter, Konstantin von Notz, Katrin-Göring-Eckardt und Britta Haßelmann. Die Veranstaltungsreihe wird live gestreamt. Per Beteiligungstool könnt ihr euch mit Fragen und Kommentaren einbringen. Seid dabei. Nur gemeinsam können wir eine plurale Demokratie, die Gesellschaft der vielen gestalten.

Alle Termine und Aufzeichnungen unter: ● gruene-bundestag.de/termine

Regenbogenabend goes digital



Der traditionelle Parlamentarische Regenbogenabend musste dieses Jahr wegen Corona abgesagt werden. Stattdessen hieß es am 1. Juli: „Regenbogenabend goes digital“. Mehr als 5.000 Zuschauer*innen verfolgten den Talk von Ulle Schauws und Sven Lehmann, Sprecherin und Sprecher für Queerpolitik der Bundestagsfraktion, mit Annie Heger (Sängerin, Schauspielerin, Autorin und Moderatorin) und Johannes Kram (Blogger und Buchautor) über die Herausforderungen für LSBTTI.

Hier geht's zur Aufzeichnung:

- gruene-bundestag.de/regenbogenabend-goes-digital

TERMINE

Bis auf Weiteres finden unsere Veranstaltungen digital statt. Gesundheitsschutz und Risikominimierung gehen vor.

Online-Reihe
EIN WIR FÜR ALLE.

- **Vielfalt, Teilhabe, Repräsentation**
25.09.20, 18:30 Uhr
- **Antidiskriminierung intersektional**
14.10.20, 17:30 Uhr
- **Aufbruch in die Gesellschaft der vielen**
27.10.20, 18.30 Uhr

AK 3-Koordination,
TEL 030/227 58900
ak3@gruene-bundestag.de

Digitale Veranstaltung
FEMINISTS* UNITE.
FEMINISTISCH FÜR GLOBALE
GERECHTIGKEIT

am 02.10.2020, 16 Uhr
AK 4-Koordination
TEL 030/227 58943
ak4@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf:

- gruene-bundestag.de/termine

sowie über unsere Newsletter

PUBLIKATIONEN

FLYER

- 19/37 Lebenselixier Wasser
- 19/48 Wälder mit Zukunft
- 19/57 LSBTI-Menschenrechte
- 19/62 Atomkraft rettet das Klima nicht

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin
oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

Mehr unter:

- gruene-bundestag.de/publikationen

ONLINE

Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:
● gruene-bundestag.de


VIDEO-EMPFEHLUNG:

Der Berg an Elektroschrott wächst unaufhörlich und unkontrolliert. Mehr als die Hälfte der alten Elektrogeräte in Deutschland wird illegal entsorgt oder exportiert. Wir Grüne im Bundestag fordern ein Recht auf Reparatur und ein Handypfand.

- gruene-bundestag.de/elektroschrott

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)